

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



WOHLSTAND GERECHT VERTEILEN

Dass gesellschaftlicher Wohlstand angemessen verteilt werden muss, ist eines der Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit und eines der Hauptanliegen sozialdemokratischer Politik.

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich in diesen Monaten so gut wie lange nicht mehr, und der Arbeitsmarkt profitiert endlich vom wirtschaftlichen Erfolg, der nicht nur eine Leistung der Unternehmen ist.

Es ist auch ein Erfolg der Wirtschaftspolitik der SPD, die bei den Koalitionsverhandlungen die Union vom Bierdeckel auf sozialdemokratischen Boden geholt hat.

Und es ist ein Erfolg aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihnen gebühren deshalb auch die Früchte dessen, was sie durch ihre Arbeit gesät haben. Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg ist ein positiver Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit.

Jetzt gilt es, weiter dafür zu kämpfen, dass die verteilungspolitische Schiefelage der letzten Jahre wieder gerade gerückt wird – aus ökonomischer Vernunft und im Sinne sozialer Gerechtigkeit.

Ludwig Stiegler, MdB
Vorsitzender der BayernSPD

IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS
Verantwortlich: Rainer Glaab
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II. 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

AUFSCHWUNG IN BAYERN DANK SPD

Impulsprogramm und Gewerbesteuer lösen Milliardeninvestitionen aus

Jahrelange hat sich die BayernSPD für ein kräftiges Konjunkturprogramm eingesetzt – gemeinsam mit den Gewerkschaften und gegen die neoliberalen Professoren, die das Heil in Haushaltskürzungen und Lohnzurückhaltung sahen. 2005 hatte unser Einsatz endlich Erfolg: Ludwig Stiegler verhandelte ein Impulsprogramm in den Koalitionsvertrag, mit dem in vier Jahren 25 Milliarden Euro investiert werden.

Ein außerordentlich erfolgreiches Instrument ist dabei das Förderprogramm „Wohnen, Umwelt, Wachstum“. Ludwig Stiegler: „Der Bund hat 2006 1,5 Milliarden in das Programm gesteckt, mit dem die KfW Förderbank zinsverbilligte Kredite in Höhe von 17 Milliarden Euro ausgeben hat. Insgesamt werden damit Investitionen in Höhe von 29 Milliarden im Bereich CO₂-Sanierung, Modernisierung, Wohnungsbau und kommunale Infrastruktur angeschoben. Der Beitrag des Bundes multipliziert sich so um ein Vielfaches und trägt dazu bei, 400.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Den Erfolg dieses Programms müssen wir offensiv verkaufen – sonst kommen in zwei Jahren wieder die Professoren mit ihren Verzichtsparolen.“

**Gewerbesteuer
in Bayern
(netto in Mrd Euro)**

2008	5,0
2007	5,0
2006	4,8
2005	4,2
2004	3,8
2003	2,8

Ein weiteres zentrales Element des Aufschwungs ist die wieder gewonnene Investitionskraft der Kommunen. Sie geht auf die Gemeindefinanzreform 2003 zurück, in der die Gewerbesteuer nachhaltig gestärkt wurde. Seitdem sprudeln die Steuereinnahmen, und die bayerischen Städte und Gemeinden können wieder investieren. Bei der Unternehmensteuerreform hält die SPD Kurs, verspricht Landesgruppenchef Florian Pronold: „Wir haben nicht nur den Bestand der Gewerbesteuer gegen die Abschaffungspläne der CSU verteidigt. Mit den veränderten Hinzurechnungsvorschriften machen wir die Gewerbesteuer noch stabiler und weniger gestaltungsanfällig.“

„Bayern muss nachlegen“, fordert jetzt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, und mahnt die Staatsregierung, den Wirtschaftsaufschwung nicht zu bremsen: „Die in der 13-jährigen Regierungszeit Stoiber von 21,6 auf unter 12 Prozent gesunkene Investitionsquote des Freistaats ist viel zu niedrig. Sie muss deutlich steigen, um den Nachholbedarf bei der Infrastruktur auszugleichen.“ Einen Milliarden-Investitionsbedarf gibt es bei Hochschulbauten, Schulen und Verkehr. ■

DER GASTKOMMENTAR

AUSBILDUNGSNOTSTAND BREMST WIRTSCHAFTSWACHSTUM

von Werner Neugebauer

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Bayern wird nicht etwa durch zu hohe Löhne gebremst, sondern durch Fachkräftemangel. Nicht nur Ingenieure und Wissenschaftler werden gesucht. Immer mehr fehlen den Unternehmen auch gut ausgebildete Facharbeiter. Aber dieser Fachkräftemangel kommt nicht von ungefähr. Er ist hausgemacht.

Arbeitgeber und Bundesregierung setzen beim wichtigsten Zukunftsprojekt unserer Gesellschaft, der Ausbildung der Jugend, auf freiwillige Vereinbarungen. Das ist gründlich gescheitert. Immer weniger Betriebe bilden aus. Der Lehrstellenmangel wird größer und größer. Zu Tausenden werden Jugendliche in War-



Werner Neugebauer, Chef der bayerischen IG Metall:
„Das System der Umlagefinanzierung funktioniert vorbildlich – etwa im Gartenbau und in der Bauindustrie.“

teschleifen abgeschoben oder machen unbezahlte Praktika. Allein in Bayern warten über 21.000 Jugendliche in Berufsschulen auf einen Ausbildungsplatz. Manche bleiben ganz auf der Strecke.

Ein skandalöser Zustand. Um die Situation zu ändern, hat die IG Metall Bayern mit dem Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) eine Tarifvereinbarung unterzeichnet, deren Ziel es ist, bis zu 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in bayerischen Metallbetrieben anbieten zu können. Das ist ein gutes politisches Zeichen. Doch wir wissen: Es ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Eine unbürokratische, gesetzliche Umlagefinanzierung würde langfristig Abhilfe schaffen – auch beim Fachkräftemangel. ■

3 FRAGEN AN

ANETTE
KRAMME**Besteht Handlungsbedarf beim Thema „Generation Praktikum“?**

Hochschulabsolventen/innen schaffen oft nicht den Berufseinstieg, sondern landen in einer Praktikumsschleife. Laut einer DGB-Umfrage haben von ihnen 37 Prozent ein Praktikum ausgeübt. 50 Prozent der Praktika waren unbezahlt. Wer bezahlt wurde, erhielt rund 600 Euro. Durchschnittlich dauerten die Praktika sechs Monate. 50 Prozent der Befragten haben gearbeitet, statt gelernt. Nur rund ein Drittel erhielt dann ein – wie auch immer geartetes – Beschäftigungsangebot.

Sind die bisherigen Regelungen unzureichend?

Für echte Praktika gibt es angemessene gesetzliche Regelungen. Es besteht ein Vergütungsanspruch, wenn ein Praktikum außerhalb einer Studienordnung absolviert wird. Es ist ein Zeugnis zu erteilen. Der Schutz bei Scheinpraktika ist unzureichend. Praktisch stellt sich die Frage der Nachweisbarkeit, dass das Rechtsverhältnis ein Arbeits- und kein Praktikumsverhältnis ist.

Wie kann eine gesetzliche Neuregelung aussehen?

Wir brauchen Beweislastregelungen beim Scheinpraktikum. Für den Praktikumsvertrag, in dem die Lerninhalte und -ziele festzulegen sind, muss ein Schriftformerfordernis bestehen. Ein Praktikum ist auf die Probezeit und die Wartezeit beim Kündigungsschutz bei einem sich anschließenden Arbeitsverhältnis anzurechnen.

MdB Anette Kramme (39) vertritt den Wahlkreis Bayreuth und ist arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Bayer. Landesgruppe.

»RECHTSRADIKALISMUS IN BAYERN«

Ausstellung des BayernForum der Friedrich Ebert-Stiftung



Unser Bild zeigt Landesgruppenchef Florian Pronold bei der Ausstellungseröffnung in Eggenfelden im Gespräch mit Schülern.

Unterschrift in Miesbach mit Ewald Schurer (SPD), Klaus Barthel (Landesgruppe) und Fritz Schösser (DGB).

**SPD UND GEWERKSCHAFTEN GEHEN AUF EINANDER ZU**

Nach dem Gespräch gemeinsam vor die Medien getreten: Fraktionschef Franz Maget und DGB Bayern-Chef Fritz Schösser.

Die „Neue Rechte“ hat ihre Strategie verändert. Besonders deutlich wird das am Auftreten der NPD. Das BayernForum der Friedrich Ebert-Stiftung hat die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ konzipiert. Die Ausstellung kann direkt beim BayernForum bestellt werden: Prielmayerstraße 3, 80335 München, TEL (089) 515552-40, FAX (089) 515552-44, EMAIL bayernforum@fes.de

DGB UND SPD UNTERSCHREIBEN »MIESBACHER ERKLÄRUNG«

Der Vorsitzende des DGB Bayern, Fritz Schösser, und der SPD-Vorsitzende in Oberbayern, Ewald Schurer, haben am 1. Mai 2007 in Miesbach eine Erklärung zu den Aufgaben von Gewerkschaften und SPD unterzeichnet. Ziel ist es, einen konstruktiven,

aber auch kritischen Dialog zwischen Partei und Gewerkschaften anzustoßen.

Die „Miesbacher Erklärung“ stellt – im gegenseitigen Respekt und Verständnis – die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zwischen beiden Organisationen klar. Neben dem Verweis auf die gemeinschaftlichen historischen Wurzeln werden in der Erklärung zukünftige politische Aufgabenfelder und konkrete Forderungen, wie die Einführung eines angemessenen gesetzlichen Mindestlohns oder einem Tariftreuegesetz bei öffentlichen Vergaben von Aufträgen benannt.

Weitere prominente Erstunterzeichner der Miesbacher Erklärung sind: Werner Neugebauer, Bezirksleiter IG Metall Bayern, Josef Falbisoner, Landesbezirksleiter ver.di Bayern, Münchens Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter und Klaus Barthel, Vizechef der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag. ■

Mehr unter www.dgb-bayern.de und www.barthel-spd.de

ANTRAGSSCHLUSS ZUM LANDESPARTEITAG

Der Landesvorstand hat für den 14. und 15. Juli 2007 zum 57. Ordentlichen Landesparteitag der BayernSPD nach Würzburg eingeladen und als Termin für den Antragsschluss Montag, den 11. Juni 2007, 12.00 Uhr, bestimmt. Alle antragsberechtigten Parteigliederungen und Landesarbeitsgemeinschaften werden gebeten, bis zu diesem Zeitpunkt ihre Anträge einzureichen beim SPD-Landesverband, Oberanger 38/II, 80331 München, FAX (089) 23 17 11-38, EMAIL harald.schneider@spd.de. Wir bitten zur Erleichterung der Weiterverarbeitung um Vorlagen per EMAIL und ohne künstlerische Formatierungen. Alle SPD-Geschäftsstellen in Bayern stellen auf Anfrage ein Blanko-Musterdokument zur Verfügung, das verwendet werden sollte.

Der Versand der Antragsbücher erfolgt nach der Sitzung der Antragskommission am Sa./So., 16./17. Juni. Der Landesvorstand hat seine Aufgabe der Beratung und Weiterleitung der zum Landesparteitag vorgelegten Anträge gem. § 13 Abs. (6) Satzung der BayernSPD an die Antragskommission übertragen.

FUTTER FÜR MUND FUNK IM JUNI 2007

Stoibers Zukunftsprogramm und die sprudelnden Steuern bestimmen die aktuelle Diskussion. Deshalb diesmal Materialien zu Haushalt und Finanzen:

F-01-2007: SPD-Konzept: Verlässliche Politik für Kinder, Bildung, Arbeitsplätze
F-02-2007: Bayern, aber gerechter – Henzler, aber besser.

F-03-2007: Mit der SPD wäre Henzler bereits Wirklichkeit: Die SPD-Initiativen
F-04-2007: Frauenerwerbsquote: Karrierechancen stärken

F-05-2007: Argumentationspapier zur Unternehmenssteuerreform

■ Und so geht's:

Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.

Download im Internet unter

www.bayernspd-mundfunk.de

Per E-Mail: info@bayernspd.de

(Datei oder Ausdruck? Absender!)

Per Fax: 089 - 23 17 11 38

(Absender-Faxnummer!)

Telefonisch: 089 - 23 17 11 0

Per Post: BayernSPD,

Oberanger 38, 80331 München

NIMMT DIE CSU ABSCHIED VON IHREN LEBENSLÜGEN?

Als schallende Ohrfeige für CSU und Staatsregierung hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, das Gutachten der Zukunftskommission unter Leitung des Unternehmensberater Rudolf Henzler für Stoibers Programm 2020 bezeichnet. Die Experten haben genau die Zukunftsfelder benannt, die von der CSU sträflich vernachlässigt wurden und von der SPD seit Jahren benannt werden: den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen, die Verdoppelung der Krippenplätze sowie höhere Investitionen in die Wissenschaft.

„Das Gutachten deckt die zentralen Defizite dieser CSU-Staatsregierung schonungslos auf“, bilanziert Fraktionsvize Dr. Thomas Beyer: „Umso mehr sind CSU und Staatsregierung gefordert, diese Mängelliste abzuarbeiten. Wenn sich die CSU mit Henzler von den zentralen Lebenslügen ihrer Politik verabschiedet, kann das nur gut sein für die Menschen in Bayern.“

Eine sichere Zukunft hat „Bayern 2020“ nicht. Es sieht viel nach bloßer In-

Die Henzler-Zukunftskommission bestätigt die jahrelangen Forderungen der Landtags-SPD



Kinder, Bildung, Arbeitsplätze: Fraktionsvize Dr. Thomas Beyer fordert Vollgas statt Handbremse.

szenierung aus – als Stoibers letzte Ruhmestadt und als Manöver zum Landtagswahlkampf 2008. CSU-Fraktionschef Herrmann schwadroniert, und Beckstein, der noch gar nicht sicher weiß, ob er dieses Programm umsetzen darf, ist abgetaucht. ■

HENZLER, ABER BESSER –

DIE AKTUELLEN SPD-VORSCHLÄGE

Die aktuellen Vorschläge der SPD-Landtagsfraktion zum erfüllen bereits jetzt ohne ein zusätzliches „Programm“, was die Henzler-Kommission fordert. Die Schwerpunkte:

- plus 190 Millionen für Kindertageseinrichtungen, insbesondere das kostenfreie letzte Kindergartenjahr, und Tagespflege,
- plus 337 Millionen für Schulen,
- plus 118 Mio für Hochschulen,
- plus 440 Millionen für Investitionen und damit Arbeitsplätze; allein damit steigt die Investitionsquote um 0,6 Prozent.

WIR GRATULIEREN ...



OTTO ULRICH

Die höchste Auszeichnung der BayernSPD, die Georg von Vollmar-Medaille, hat er bereits: Otto Ulrich aus Landshut, dem der 60plus-Vorstand zu seinem 80. Geburtstag einen großen Empfang bereitete. Der ehemalige Landshuter Stadtrat sorgte immer dafür, dass die SPD-Finanzen stimmen. Er verwaltete mehrere Jahrzehnte die Kassen der Landshuter SPD-Gremien. In unzähligen Wahlkämpfen der SPD hütete er sorgfältig die Wahlkampfkasse. 60plus-Chef Horst Kubatschka: „Wenn Otto Ulrich die Kasse verwaltete, konnte man beruhigt sein.“

HANS THURNER

Ein Gewerkschafter wie aus dem Bilderbuch und sozialdemokratisches Urgestein mit roter Nadel im Revers – das ist Hans Thurner aus Sulzbach-Rosenberg, der dem Stadtrat 30 Jahre lang angehörte und den Kampf gegen Rechts in den Mittelpunkt seines Lebens stellte. Für seine Leistungen erhielt Hans Thurner zum 70. Geburtstag aus der Hand des UB-Vorsitzenden Uli Hübner die Verdienstmedaille des SPD-Unterbezirks Amberg-Sulzbach-Neumarkt.



FÜR UNS IM LANDTAG

STEFAN SCHUSTER



Stefan Schuster aus dem Stimmkreis Nürnberg-West war vor seinem Eintritt in den Bayerischen Landtag im Jahre 2002 Berufsfeuerwehrmann. Für ihn ist es nahelie-

gend, dass die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit die Themen Innere Sicherheit, Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Verfassungsschutz sind.

Stefan Schuster ist als jahrzehntelanges Gewerkschaftsmitglied natürlich auch bei der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Landesvorstand aktiv.

Eine Herzensangelegenheit ist für ihn die Entwicklungshilfe für Afrika. Er hat vor zwei Jahren den Vorsitz der „LAG Mali Hilfe“ übernommen.

Kontakt: SPD-Bürgerbüro
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
TEL (0911) 438 96 60,
FAX (0911) 438 96 69
EMAIL buero@stefan-schuster-mdl.de
www.stefan-schuster-mdl.de

60+ : DAS PLUS IN UNSERER PARTEI!

Mit dem Traumergebnis von über 94 Prozent wurde auf der AG 60plus-Landeskonferenz im Karl-Bröger-Zentrum in Nürnberg die bisherige Landesvorsitzende und Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf wieder gewählt. Auch ihre Stellvertreter Elisabeth Gierlings und Burkhard Seipel erhielten eindeutige Mehrheiten.

Als Hauptredner der Konferenz „Alt und Jung. Miteinander – Füreinander“ stellte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Olaf Scholz, die Bedeutung der Solidarität der Generationen heraus und mahnte diese auch für die derzeitigen Reformbemühungen um die Pflegeversicherung an. Eine Kopfpauschale sei mit der SPD auf keinen Fall zu machen.

Angelika Graf hob besonders die gute Zusammenarbeit mit dem SPD-Nachwuchs hervor. Viele gemeinsame Veranstaltungen mit den bayerischen Jusos in den beiden vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass sich die SPD-Generationen nicht auseinander dividieren lassen.

Die Landeskonferenz forderte mit großer Zustimmung die solidarische Bürgerversicherung und die moderne Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. ■



MdB Angelika Graf freut sich: Der 60 plus -Bundeskongress im August 2007 findet in Aschaffenburg statt.



BAYERNS ZUKUNFT: GERECHTER

Zum zweiten Mal seit 2005 widmete die bayerische SPD einen Kleinen Parteitag bildungspolitischen Fragen. Grund ist die seit Jahren unbefriedigende, ja in weiten Bereichen verschlechterte Lage an bayerischen Schulen.

Mit einer zusätzlichen „Bildungsmilliarde“ für Schulinvestitionen, so eine einstimmig beschlossene Resolution, will nun die BayernSPD das Schulsystem verbessern. Der Staat dürfe nicht auf Kosten der Kinder sparen, erklärte LandtagsSPD-Chef Franz Maget. Das Schulsystem ist ungerecht, weil der Schulerfolg oft von der sozialen Herkunft abhängt und die Kinder zu früh auf die verschiedenen Schularten verteilt werden.

Am Nachmittag vertieften die Delegierten die laufende Debatte über das neue Grundsatzprogramm der SPD. ■